Starke Schule stösst Grüne vor Kopf

Harmos-Austritt Das Komitee wirbt mit den grünen Initianten – die Partei aber distanziert sich

VON MICHAEL NITTNAUS

63 Namen stehen auf der Liste des Initiativkomitees. 63 Namen fordern, dass der Kanton Baselland wieder aus dem Harmos-Konkordat austritt, zu dessen Beitritt das Stimmvolk erst 2010 Ja gesagt hatte. Die Liste präsentierte gestern das Komitee «Starke Schule Baselland» und lancierte gleichzeitig die Unterschriftensammlung für die entsprechende Volksinitiative. «Die Initiative ist politisch breit abgestützt», sagte Starke-Schule-Geschäftsführerin Saskia Olsson nicht ohne Stolz. Zudem seien zahlreiche Lehrpersonen und mit Michael Weiss auch der Präsident ad interim des Lehrervereins mit an Bord. «Mit 13 Mitgliedern sind die Grünen sehr dominant vertreten», betonte Olsson im Liestaler Regierungsgebäude ausserdem.

Harmos-Schwächen heute bekannt

Doch kaum war die Pressekonferenz beendet, flatterte ein Communiqué der Grünen Baselland ins Haus: «Eine Radikallösung gefährdet die angestrebte Harmonisierung», so der Titel. Und weiter: «Die Initiative führt zu noch mehr Unsicherheit in der Bevölkerung. Sie fördert die Bürokratie und gefährdet die Vorarbeiten der Gemeinden und Behörden zur Einführung von Harmos auf das Schuljahr 2015/16.» Gegenüber der bz erklärt Parteipräsidentin Florence Brenzikofer das Vorgehen: «Wir mussten einen Konter setzen. Sonst könnte man meinen, dass wir alle für den Harmos-Austritt sind. In Tat und Wahrheit sind von den 13 Mitgliedern auf der Liste aber nur deren zwei auch kantonale Mandatsträger.» Damit meint sie die beiden Landräte Regina Werthmüller und Jürg Wiedemann. Bei Letzterem überrascht dies freilich nicht, war Wiedemann doch lange der Kopf der «Starken Schule».

Für Brenzikofer steht fest: «Das Baselbieter Stimmvolk hat 2010 Ja gesagt zum Konkordat. Das war ein demokratischer Entscheid, den es zu respektieren gilt.» Dass die Zustimmung damals nur 56 Prozent betrug und nicht – wie fälschlicherweise in der Grünen-Mitteilung stand – 70 Prozent, spiele dabei keine Rolle.

Das sieht Olsson anders. «Heute weiss man viel mehr über die Auswirkungen von Harmos und den Lehrplan 21 als früher.» So hätten mehrere Initiativkomitee-Mitglieder vor vier Jahren noch Ja gestimmt. Heute spricht die 21-jährige Olsson, die 2010 selbst noch nicht abstimmen konnte, von einer «vorgegaukelten Harmonisierung, die gescheitert ist». Schliesslich sei die Mehrheit der Deutschschweizer Kantone dem Konkordat gar nicht beigetreten, nämlich deren Elf. Zudem seien in gewissen Bereichen die Unterschiede zwischen den Kantonen durch Harmos sogar gewachsen. Hier nennt Olsson die Wahl der ersten und zweiten Fremdsprache oder die Einführung der «Sammelfächer», die mehrere klassische Fächer zusammenfassen, wodurch sie an Gewicht verlören. Nicht einmal zwischen den beiden Basel stimme zudem die Stundendotation in Mathematik überein.

«Das Baselbieter Stimmvolk hat 2010 Ja gesagt zu Harmos. Das war ein demokratischer Entscheid.»
Florence Brenzikofer, Grüne BL

Konsequenzen von Austritt unklar

Der gewichtigste Grund für die Initiative, das wurde gestern klar, ist allerdings die Kritik am Lehrplan 21. «Schon die grundlegende Philosophie des Lehrplans ist falsch», moniert Olsson. Nämlich, dass nicht mehr Wissen selbst vermittelt werde, sondern nur, wie man es erlangen könne. Dies könne nicht mit einer simplen Überarbeitung korrigiert werden. Die Krux: Wer im Konkordat ist, muss den gemeinsamen Lehrplan in den Grundzügen übernehmen. «Steigen wir aus, sind wir hingegen frei», sagt Olsson.

Bereits Ende Januar warnte SP-Landrat Christoph Hänggi in seinem Blog vor den Konsequenzen eines Austritts: In der Verfassung stehe nämlich, dass der Bund die «notwendigen Vorschriften» erlässt, wenn die Harmonisierung des Schulwesens unter den Kantonen misslingt. «Ich hoffe, den Initianten ist klar, auf welch langen und unsicheren Weg sie unsere Schulen schicken, wenn ihre populistische Initiative angenommen würde», schreibt Hänggi. Olsson ist sich derweil sicher, dass bereits Beschlossenes wie die Aufteilung in 6 Primar- und 3 Sekundarjahre von einem Ausstieg nicht tangiert würde. «Wir wollen korrigierend eingreifen, stellen aber nicht die ganze Harmonisierung infrage.»